

wird. Beide Autoren machen auch deutlich, dass es ebenso wenig um eigennützige Privilegien- und Interessenpolitik der Kirchen geht, noch auch um eine bloße »Folklorisierung« eines kulturellen Erbes. Dass beide großen Kirchen in einer langen Konfliktgeschichte ihr Verhältnis zur staatlichen Ordnung, ihr Verhältnis zur säkularen modernen Gesellschaft, zur Demokratie und zur modernen Menschenrechtsidee haben finden müssen, ist beiden ebenso selbstverständlich wie die Tatsache, dass der moderne Staat, die Gesellschaft, die Demokratie und die Idee allgemeiner Menschenrechte in einer durch das Christentum maßgeblich geprägten geistigen Kultur und aus ihr heraus entstanden sind. Gerade deshalb verurteilen beide die historisch abwegige Verleugnung des christlichen Erbes in der Präambel des Verfassungsvertrages und reklamieren dessen kritisches Potenzial. »Seele Europas« wird das Christentum nur sein, wenn es positive und konstruktive Impulse und kritische Visionen in den zivilgesellschaftlichen und politischen Prozess einbringt. Es ist dabei mehr als Ethik und bürgerliche Anständigkeit; das Evangelium hat einen über »Grundwerte« hinausgehenden Anspruch an Mensch und Welt.

*Christian Hermes*

Lexikon der christlichen Demokratie in Deutschland, hg. v. WINFRIED BECKER, GÜNTER BUCHSTAB, ANSELM DOERING-MANTEUFFEL u. RUDOLF MORSEY im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung. Paderborn u.a.: Ferdinand Schöningh 2002. 809 S. Geb. € 54,-.

Ein Monument. Nicht nur die Papierform des gewichtigen Kompendiums beeindruckt: 1320 Gramm. Auch Umfang, Themenfülle, Mitarbeiterzahl (mehr als 230 Autoren) und Solidität dieses Nachschlagewerks bestechen. In sechs thematischen Blöcken beschreibt es die Beschaffenheit und Erscheinungsformen christlicher Demokratie erschöpfend.

*Winfried Becker* analysiert das Wesen und die Geschichte der christlichen Demokratie in Deutschland. Historische Überblicke über die Epochen christlicher Demokratie liefert im zweiten Block ein Autorenkollektiv. *Winfried Becker* behandelt das Kaiserreich, *Rudolf Morsey* die Weimarer Republik und *Brigitte Kaff* die NS-Zeit. Den größten Raum nimmt die Nachkriegszeit ein, die Hochphase der christlichen Demokratie in den westlichen Besatzungszonen bzw. der Bundesrepublik als einer interkonfessionellen, antisozialistischen bürgerlichen Sammlungsbewegung. *Günter Buchstab* referiert die unmittelbare Nachkriegszeit bis zur Gründung der Bundesrepublik (1945–1949), *Hans-Otto Kleinmann* thematisiert die Adenauer-Ära und die Kanzlerschaft Ludwig Erhards (1949–1969) sowie die Zeit der Großen und der sozialliberalen Koalition (1969–1982). *Horst Möller* nimmt sich der ersten beiden Kanzlerschaften Helmut Kohls bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten an (1982–1990), und *Karl Schmitt* blickt auf die 1990er Jahre, die der Union zwei Regierungskoalitionen mit den Freidemokraten sowie den Machtverlust 1998, den Spendenskandal 1999/2000 sowie den Neubeginn unter Angela Merkel in der Krise bescherten. Ein Überblick über die DDR-Blockpartei CDU schließt diese Einheit ab.

Im dritten Abschnitt legen die Bearbeiter eine Zeittafel, die sich in zwei Epochen unterteilt: das Vorfeld, die Gründung und wechselvolle Geschichte des Zweiten Reiches einerseits, der demokratische Neubeginn nach 1945 bis zur Jahrtausendwende andererseits.

Großen Raum nehmen die Kurzbiographien der Zentrums- und Unionspolitiker ein. Auf nahezu 250 Seiten werden erstens deren Lebensdaten und Funktionen angeführt. Zweitens erhalten die Genannten eine Würdigung ihrer Person und Leistung, an die sich eine Literaturliste anschließt. So entstand ein weit gefächertes Personenverzeichnis christlicher Demokraten, von denen viele als Juristen, Politiker, Gewerkschafter, Publizisten, Historiker und Theologen wirkten. Breiten Raum nehmen die Einträge zu den politischen Schwergewichten wie – dem Spitzenahn der christlichen Demokratie in Deutschland – Konrad Adenauer, Franz-Josef Strauß und Helmut Kohl ein. Aber auch gebrochene Lebensläufe wie der des Christdemokraten (MdB 1969–1980) und späteren Begründers der Ökologiebewegung, Herbert Gruhl oder des 1980 von der FDP zur CDU wechselnden Nationalkonservativen Erich Mende finden Berücksichtigung.

Zwangsläufig überwiegen die Einträge männlicher Politiker, doch stößt man verstärkt auf Christdemokratinnen aus der Nachkriegszeit, von Angela Merkel bis zu Dagmar Schipanski. Für die Jahre bis zur NS-Diktatur stehen die Namen von Klara Siebert und Helene Wessels. Und es

liegt auch in der Natur der Sache, dass katholische Demokraten stärker vertreten sind als protestantische Politiker.

Wenngleich eher eine katholische Diaspora, in der sich lediglich in Oberschwaben ein verdichtetes sozialmoralisches Zentrums- sowie Unionsmilieu ausbildete, war und ist der Beitrag Württembergs zu Programm und Personal der christlichen Demokratie beachtlich. Er lässt sich vor 1933 hauptsächlich an katholischen Persönlichkeiten festmachen: An Adolf Gröber, dem Übervater der württembergischen Katholiken im Kaiserreich, und dem Gewerkschaftssekretär und Widerstandskämpfer Josef Ersing. In diese Reihe gehören natürlich auch der 1921 ermordete Mathias Erzberger, Reichsfinanzminister (1919–1920), sowie Eugen Bolz, der letzte – demokratisch legitimierte – württembergische Staatspräsident, verhinderter Zentrumsführer von 1933 und 1945 hingerichteter Widerstandskämpfer.

In der Nachkriegszeit blieb der katholische Anteil bedeutend. Aber durch den interkonfessionellen Zusammenschluss in der bürgerlich-antisozialistischen Sammlungsbewegung der Union erhöhte sich auch der evangelische Beitrag an der christlichen Demokratie. Für diesen Umschwung im nationalkonservativen Protestantismus setzten sich die im pietistischen Korntal geprägten Wilhelm Simpfendörfer und Paul Bausch ein, Simpfendörfer, der spätere Kultminister von Württemberg-Baden (1946–1947), Landesvorsitzender der CDU-Nordwürttemberg (1948–1950) und Kultusminister des Südweststaates (1953–1958), hatte in Weimarer Zeit seine politische Heimat im prorepublikanischen Christlich-Sozialen Volksdienst und engagierte sich nach 1945 als Brückenbauer zur katholischen Seite bei der Gründung der Christlich-Sozialen Volkspartei, des Vorgängers der CDU in Nordwürttemberg. Katholischerseits werden hier zu Recht Joseph Andre, der spätere Wirtschaftsminister und CDU-Vorsitzende, ein entschiedener Vorkämpfer des Südweststaates, ebenso genannt wie Josef Beyerle, Justizminister von Württemberg-Baden (1945–1951), und Josef Ersing, der als geistiger Geburtshelfer der CSVP bzw. CDU in Nordwürttemberg anzusehen ist. Weitere Protagonisten der Neugründung wie Heinrich Stooß, der Minister für Ernährung und Landwirtschaft von Württemberg-Baden (1946–1950), oder Hermann Kling bleiben leider ungenannt.

Zu finden sind natürlich auch die CDU-Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, von Gebhard Müller bis Erwin Teufel; auch die christdemokratischen Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern wie Lorenz Bock werden gewürdigt. Der württembergische Beitrag des Südweststaats zur Bundespolitik spiegelt sich in den Namen Eugen Gerstenmaier, dem Bundestagspräsidenten der Jahre 1954 bis 1969, der als Theologe beste Beziehungen zu den evangelischen Kirchen besaß und als Protagonist des protestantischen Flügels der Union galt, sowie Kurt Georg Kiesinger, dem Bundeskanzler der Großen Koalition (1966–1969). In diesen Zusammenhang gehören auch Bruno Heck, Bundesminister für Familie und Jugend (1962–1968) und CDU-Generalsekretär (1967–1971), sowie Hecks Nachfolger in beiden Ämtern – der um seine geistige Unabhängigkeit bemühte Sozialpolitiker Heiner Geißler, das »Gegenteil eines Machtpolitikers«, wie ihn sein Biograph charakterisiert, und der Bundestagspräsident zwischen 1984 und 1988, Philipp Jenninger. Zu diesem Kreis darf man auch den aus württembergischem Beamtenadel stammenden und in Stuttgart geborenen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (1984–1994) zählen.

Dem biographischen Überblick schließt sich ein Sachlexikon an, das auf 290 Seiten einen thematischen Bogen von »Abendland« bis »Zukunft« schlägt. Württembergische Bezüge kommen in den Beiträgen zur Christlichen Arbeiterbewegung, zur CDU und ihren Landesverbänden, zum Christlich-Sozialen Volksdienst, zum Ellwanger Kreis, zur Schüler-Union, zur Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU sowie zum Ersten Vatikanum und zur Zentrumsparterie zur Sprache.

Schließlich liefert der Anhang umfangreiches Datenmaterial. Die Parteitage und Landesversammlungen von Zentrum, Bayerischer Volkspartei, CDU und CSU werden mit Ort und Datum angegeben. Aufgelistet werden auch die Orte und Jahreszahlen der Parteiprogramme, Satzungen und Leitsätze der vier Parteien sowie die Mitgliederentwicklungen von CDU und CSU. Neben den Präsidenten und Kanzlern zählt der Anhang die Parteivorsitzenden und Generalsekretäre der politischen Formationen auf und nennt die Ergebnisse der Wahlen und Regierungsbildungen von 1871 bis 2002. Ein Abkürzungs- und Literaturverzeichnis sowie ein Personen- und Sachregister beschließen den Band.

Ein paar kleine Korrekturen sind dabei angebracht. Die vormaligen CSVDler Bausch und Simpfendörfer gründeten zusammen mit den einstigen Zentrumsmitgliedern Andre, Beyerle und Ersing am 25. September 1945 in Nordwürttemberg nicht die CDU (S. 180, 191, 193), sondern die Christlich-Soziale Volkspartei, die sich erst auf ihrer ersten Landestagung am 13. Januar 1946 in Christlich-Demokratische Union umbenannte.

Ferner bekleidete Simpfendörfer 1946–1947 wie sein Vorgänger Theodor Heuss das Amt des Kultministers, wie es in württembergischer Tradition sich auch in der Landesregierung von Württemberg-Baden nannte. Die Bezeichnung Kultministerium wurde am 19. September 1945 in der Sitzung des Staatsministeriums beschlossen; ein Kultusministerium gibt es erst seit der Gründung des Südweststaats 1952.

Verwirrend sind aus südwestdeutscher Perspektive auch die Einträge zu Geburts- oder Sterbeort der Christdemokraten. Teils werden bei vor 1952 geborenen Politikern die Orte dem heutigen Bundesland zugeschrieben, so bei dem 1932 in Rindelbach geborenen Philipp Jenninger, teils tauchen die früheren Länder als Bezugspunkte auf, wie bei dem 1969 in Obersasbach (»Baden«) verstorbenen Franz von Papen; und manchmal werden Landschaftsbezeichnungen herangezogen, wie im Fall des Vertriebenenpolitikers Linus Kather (»Südschwarzwald«) oder des Attentatorts von Matthias Erzberger (»Schwarzwald«). Weitere Varianten stellen die gesonderten Angaben von Verwaltungseinheiten dar, wie es das Beispiel des in Ochsenhausen (»Oberamt Biberach«) geborenen Josef Ersing zeigt.

Irritierend ist schließlich auch die mitunter euphemistische Darstellung politischer Skandale, über die einseitig und aus der Binnensicht referiert wird. Während die Gründe für die Rücktritte Philipp Jenningers 1988 und Wolfgang Schäubles 2000 sowie die Rolle Manfred Wörners in der so genannten Kießling-Affäre 1984 ausgewogen geschildert werden, werden für die Demission Hans Filbingers eine »böswillige Verzerrung der Quellen und Nichtbeachtung entlastenden Materials (verantwortlich gemacht, die) zu einer gelenkten Diffamierungskampagne auswuchsen, die das Bild F.s für das unkritische, von den Medien beeinflusste breite Publikum dauerhaft belastet« hätten (S. 238f.); kritische Gutachten und Stellungnahmen von Universitätsprofessoren oder Historikern des Militärgeschichtlichen Forschungsamts kommen hier nicht zur Sprache. Auch die Verwicklung Manfred Kanthers in die CDU-Finanzaffäre wird in auffallend dürtigen Worten geschildert.

Wie jedes Nachschlagewerk nimmt man auch das Lexikon der christlichen Demokratie zur Hand, um seine Wissenslücken zu füllen. Wie jedes nachhaltige Nachschlagewerk legt man dieses Lexikon dann nicht mehr aus der Hand, weil man sich darin festgelesen hat. Das detaillierte Referenzsystem trägt ein Übriges dazu bei und führt den Leser zu neuen Themen, von denen man schon immer mehr wissen wollte.

Peter Exner

Historisches Lexikon der Schweiz, hg. von der Stiftung Historisches Lexikon der Schweiz. Bd. 4: Dudan–Frowin. Basel: Schwabe & Co. 2005. XXVI, 856 S. Geb. € 208,50.

In schneller Folge schreitet die Drucklegung des monumentalen »Historischen Lexikons der Schweiz« voran (vgl. RJKG 23, 2004, 238). Der neue Band bestätigt das hohe Niveau seiner drei Vorgängerbände. Wissenschaftliche Kompetenz der Autoren und redaktionelle Professionalität des Mitarbeiterstabs garantieren verlässliche und ausgewogene Artikel, die reiche und durchdachte Bebilderung machen auch den vorliegenden Band zu einem Lesebuch, in das man sich schnell vertieft.

Der Kirchenhistoriker wird gern auf die einzelnen Ortsartikel zurückgreifen (z.B. zu den Benediktinerabteien Einsiedeln (*Albert Hug*), S. 142–145; Engelberg (*Urban Hodel, Rolf De Kegel*), S. 210–213, oder Fischingen (*Benno Schildknecht*), S. 542). Sachartikel, z.B. zu den Eremiten (*Catherine Santschi*, S. 248f.) oder zum Franziskusorden (*Christian Schweizer*, S. 671–673) verbinden allgemeine Entwicklungen mit den schweizerischen Spezifika. Ein besonderes Gewicht kommt in diesem Band selbstverständlich dem Artikel über die Eidgenossenschaft zu (*Andreas Würzler*, S. 114–121), der Artikel zu Europa beginnt mit der pointierten, durchaus selbstironischen Feststellung: »Die Schweiz hat Europa – im Gegensatz zu sich selbst – immer wieder als etwas Künstliches angesehen.« (S. 336) Die Karte zur Europäischen Union (S. 344) lässt die Schweiz